

Jahresberichte 2011

a) Jahresbericht des Präsidenten

Das Vereinsjahr 2011 war geprägt durch das Konsolidieren der neuen Praxis und der Zusammenarbeit zwischen den Gremien und der Geschäftsstelle nach der beschlossenen Reorganisation im Vorjahr. Krankheitsbedingt haben wir im Sommer 2011 auf seinen ausdrücklichen Wunsch Toni Oehen als vormaliger Präsident der Fiko und SLB-Geschäftsführer entlastet durch die Übernahme sämtlicher relevanter Akten in die neue Geschäftsstelle. Toni Oehen's enormes und segensreiches Engagement sei hier nochmals herzlich verdankt. Dass ihm eine äusserst schwierige Operation Anfang September 2011 die erhoffte Linderung seiner starken Schmerzen gebracht hat, freut auch uns. So wünschen wir ihm weiterhin die ersehnte gesundheitliche Erleichterung und stabiles Befinden. Auch an dieser Stelle bemerkenswert weil wohlverdient und erfreulich ist, dass am 16. Nov. 2011 die Stiftung „LZ-Weihnachtsaktion“ Toni Oehen für sein langjähriges soziales Engagement speziell geehrt und ihm symbolisch ein „Dankeschön-Herz“ übergeben hat.

Interne Praxis konsolidiert. Zum einen haben wir im abgelaufenen Jahr durch Vorstandsbeschlüsse die internen Regelemente den neuen Gegebenheiten angepasst und zum andern beim Geschäftsausschuss die Abläufe für die Beitragsgewährungen oder -vermittlungen optimiert.

An fünf Sitzungen befasste sich der Geschäftsausschuss intensiv mit den Abklärungen über die eingegangenen Gesuchen und Anträgen für Unterstützungen. Basis für diese Beratungen waren fachlich fundierte Expertengutachten, aus welchen jeweils die Hilfsbedürftigkeit ersichtlich war. Wo zur Tragbarkeit nötiger Investitionen – notabene nach Ausschöpfung der eigenen Mittel und Eigenleistungen, der Bankdarlehen und Kreditkassenleistungen – weitere Unterstützungen nötigen waren, haben wir solche bei Stiftungen oder ähnlichen der Bergbevölkerung ebenfalls wohlgesinnten Institutionen nachgesucht. In der Regel kontaktierte der Geschäftsführer diese Institutionen. Bei der LZ-Weihnachtsaktion konnten wiederum mehrere Gesuche schriftlich eingereicht und durch eine dreiköpfige Delegation bei dessen Beirat an einer Sitzung vertreten werden. Auf einer halbtägigen Exkursion präsentierten wir einer Beirats-Delegation bei zwei unterstützten Bergbauernbetrieben in Hergiswil und Luthern die realisierten Investitionen, die nötigen Beiträge und die Praxis unserer Gesuchsabklärungen. Allen Stiftungen und andern Gönnerkreisen danken wir hier auch im Namen der begünstigten Familien und Bauernbetriebe für die gesprochenen Beiträge bestens.

Kantonale Wohnbaubeiträge fragwürdige Sparopfer? Im Herbst mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass der Luzerner Regierungsrat beim Staatsvoranschlag 2012 beantragt, die Wohnbaubeiträge fürs Berggebiet ganz streichen. Wir - und dem Vernehmen nach ebenfalls die landw. Kreditkasse - bedauern diesen offensichtliche Sparakt des Kantons sehr, weil deren Wirkungen verkannt werden und die Streichung also einseitig finanzpolitisch begründet ist. Die Bedürfnisse der Betroffenen und der Randgebiete, die Ziele der dezentralen Besiedlung sowie der volkswirtschaftliche Nutzen werden ausser acht gelassen.

Bis 2007 hat der Bund sich namhaft an der Verbesserung der Wohnverhältnisse in der Berg-Landwirtschaft beteiligt, diese aber im Rahmen des NFA (Neuer Finanzausgleich) gestrichen. Der Kanton Luzern hat diese Massnahmen verdankenswert zwar noch beibehalten, aber schon vorher seinen jährlichen Kredit spürbar gesenkt. Weil die Gemeinden jeweils 25 % daran zu leisten haben, wurde der gesamte Mittelfluss noch zusätzlich geschmälert. Im Jahre 2004 wurden noch rund 2,5 Mio Franken Wohnbauhilfen (durch Bund, Kanton und Gemeinden) ausgerichtet, in den Jahren 2010 und 2011 waren es noch rund 800'000 Franken jährlich. Seit der Kantonalisierung (2008) konnten jährlich immerhin 10 bis 16 schlechte Wohnsituationen in ohnehin topografischen erschwerten und wirtschaftlich benachteiligten Gebieten zeitgemäss verbessert werden. Je Wohnprojekt wurden etwa 45'000 Franken aus-

gerichtet. Diese Wohnbauhilfen (Analyse und Beurteilung der Gesuchsfälle, Beitragszahlungen, Controlling usw.) administrierte jeweils auf effiziente Art die Landw. Kreditkasse (Sursee).

Unser Vorstand hat die umfassend begründete Eingabe, welche die Arbeitsgruppe Berggebiet allen Fraktionen im Kantonsrat zugestellt und mit Kopie auch die Gemeinderäte im Berggebiet zur Kenntnis bedient hat, sehr begrüsst. Der fragwürdige Spardruck der politischen Behörden hält an. Dennoch hoffen wir, dass in der zweiten Budgetberatung (März 2012) die Beibehaltung dieser Wohnbaubeiträge von der Kantonsratsmehrheit dennoch beschlossen würde.

Kommunikationspraxis aktualisiert. Als Folge der SLB-Reorganisation wurde unsere Homepage überarbeitet. Ebenso der Flyer wurde aktualisiert und neugedruckt. Damit verfügen wir wieder über zeitgemässe Informationen und können auch so das Image und die verbreitete Kenntnisnahme unserer Aktivitäten fördern.

Berggebietspolitische Interessensvertretung weiterführen. Der Vorstand hat nach der im Dezember 2010 beschlossenen Auflösung der Arbeitsgemeinschaft Luzerner Bergbevölkerung ALB die personelle Zusammensetzung und Konstitution der „Arbeitsgruppe Berggebiet“ begleitet und zur Kenntnis genommen. Diese Arbeitsgruppe ist gemäss Absprache mit der ALB künftig eine Interessensvertreterin für das Luzerner Berggebiet und beim SLB angegliedert. Sie hat als selbständiges berggebietspolitisches Gremium unter dem Vorsitz von Nationalrat Ruedi Lustenberger (Romoos) bereits einige Aktivitäten entwickelt. Sie hat vor allem mit Eingaben auf wichtige Anliegen der Bergregionen aufmerksam gemacht. Nach ordnungsgemässer Schlussrevision der ALB-Rechnung ist entsprechend dem ALB-Auflösungsbeschluss (Herbst 2011) der ausgewiesene Bestand des „Burkhalter-Fonds“ (Fr. 56'016.38) zum SLB transferiert worden. Dieser kann der SLB für Unterstützungsleistungen im Berggebiet verwenden. Das von der ALB verbliebene Vereinsvermögen von Fr. 18'133.08 steht in der SLB-Buchhaltung als zweckbestimmte Rückstellung für berggebietspolitische Aktivitäten und für kulturelle Aktionen zur Verfügung.

b) Bericht über Lehrlingslager und andere Freiwilligeneinsätze

Seit einigen Jahren vermittelt unser SLB mit sichtlichem Erfolg auch Lehrlingslager und andere Freiwilligeneinsätze auf Bauernbetriebe im Luzerner Berggebiet, vorwiegend zur Mithilfe bei baulichen Massnahmen oder für Umweltpflege und Wegunterhalt. Solche Einsätze hat die SLB auch im abgelaufenen Jahr 2011 wieder organisiert.

In Absprache mit dem Ressortzuständigen Stefan Heller (neu Geschäftsführer des Luzerner Bäuerinnen- und Bauernverbandes) und zeitbedingt durch seine intensive nebenberufliche Weiterbildung nahm sich SLB-Präsident Alois Hodel zusätzlich dieser Aufgaben an. Dass zu den terminlich vorgegebenen Lehrlingslagern jeweils die passenden Einsatzplätze sowie die Uebernachtungs- und Verpflegungsmöglichkeiten gefunden werden können, ist eine spezielle Herausforderung bei diesen Lagervermittlungen.

Dank entsprechender Flexibilitäten waren 6 Lehrlingsgruppen (mit 134 Lernenden und 15 firmeneigener Begleitpersonen) und zwei ebenfalls einwöchige Freiwilligen-Gruppen (17 Senioren aus Rain und Schötz/Egolzwil) auf insgesamt 15 Einsatzplätzen tätig. Das ermöglichte namhafte und willkommene Einsparungen bei den betreffenden Investitionen. Die rund 820 Einsatztage – umgerechnet zu 20 Franken je Arbeitsstunde – entsprechen doch immerhin einer monetären Gesamtleistung von rund 130'000 Franken (Vorjahr: 1'225 Einsatztage bzw. 196'000 Franken).

Die Erfahrungen mit diesen Einsatzgruppen waren durchwegs positiv. Wir danken an dieser Stelle allen Mitwirkenden bestens. Das Erleben des bäuerlichen Alltags und die Arbeiten an solchen Objekten tragen gleichzeitig zu einem grösseren Verständnis zwischen nichtbäuerlicher Bevölkerung und der Berglandwirtschaft bei. Sie fördern vor allem bei den mitwirkenden Jugendlichen zudem hautnah das Gespür zur Natur und gegenüber Randregionen.

Da bei der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für Berggebiete SAB durch deren Koordinationsstelle KAB (als Mandat der Schweizer Berghilfe und der COOP-Patenschaft für Berggebiete) schweizweit ebenfalls solche Einsatzlager angeboten und vermittelt werden, trafen sich unsererseits Stefan Heller und Alois Hodel mit dem zuständigen SAB-Vertreter Heinz Aebersold. Vorläufiges Ziel ist eine engere Zusammenarbeit zwischen beiden Anbietern, welche sich nicht konkurrenzieren sondern sinnvoll ergänzen wollen.

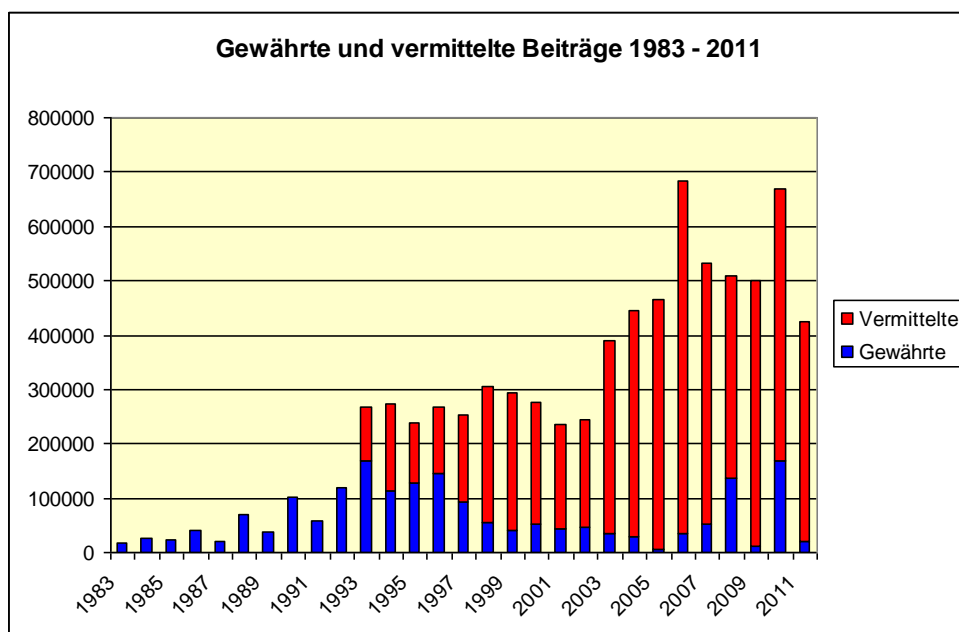
c) Jahresbericht des Geschäftsführers

Vermittelte/gewährte Beiträge im Jahr 2011 (verfasst von Kurt Lang)

- Im Jahre 2011 wurden insgesamt 23 Beiträge mit total 406'000.00 Franken zugesichert. Im Vergleich mit den Vorjahren liegt das Berichtsjahr bezüglich Beitragszusicherungen an achter Stelle. Mit 683'000.00 Franken war 2006 das Rekordjahr.
- Die 19 vermittelten Beiträge beziffern sich auf Fr. 383'000.00, davon entfallen Fr. 239'000.00 mit Geldfluss und Fr.144'000.00 ohne Geldfluss über den Solidaritätsfonds.
- Aus unserem Fonds wurden vier Beiträge mit Fr 23'000.00 ausbezahlt.
- 6 Gesuche wurden abgewiesen, insbesondere weil sie in der Lage waren, das Vorhaben ohne unsere Hilfe tragbar zu finanzieren.

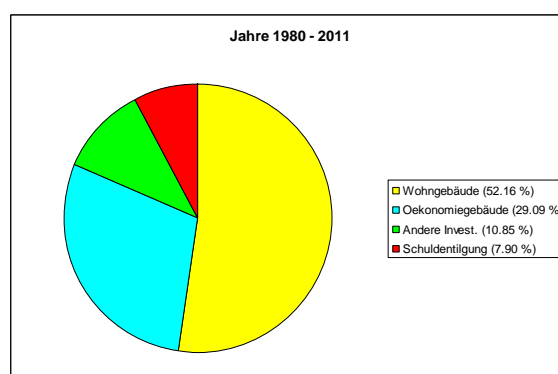
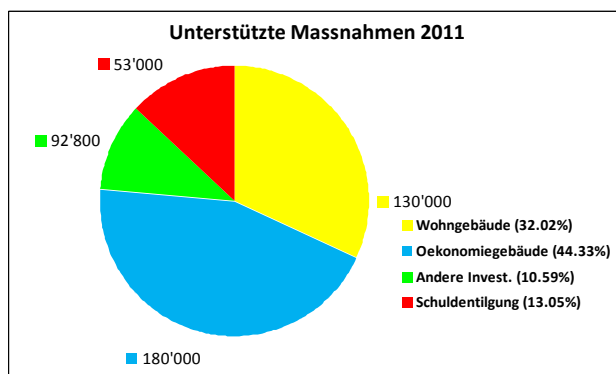
Wie die nachstehende Graphik zeigt, haben die Beitragszusicherungen in den letzten Jahren sehr stark zugenommen. Zufolge fehlender Mittel konnten die ersten Beiträge erst im Jahre 1983, also drei Jahre nach der Gründung unseres Vereines, zugesichert werden. Die jährliche Beitragssumme von anfänglich 10'000.00 Franken konnte bis zum Jahre 2005 sukzessiv auf rund 450'000.00 Franken gesteigert werden und bewegt sich seither immer mehr oder weniger bei einer halben Million Franken.

In der Zeitperiode von 1983 bis 2011 wurden insgesamt 630 Beiträge im Totalbetrag von Fr. 7'693'217.25 zugesichert.



Unterstützte Massnahmen

Art der Massnahme	Jahr 2011			Jahre 1980 – 2011		
	Anzahl	Betrag in Fr	Anteil in %	Anzahl	Betrag in Fr.	Anteil in %
Wohngebäude	6	130'000.00	32.02 %	348	4'013'000.45	52.16 %
Oekonomiegebäude	9	180'000.00	44.33 %	140	2'238'000.00	29.09 %
Andere Investitionen	4	43'000.00	10.59 %	67	834'800.00	10.85 %
Schuldentilgung	4	53'000.00	13.05 %	75	607'416.90	7.90 %
Total	23	406'000.00	100%	630	7'693'117.35	100 %



Knapp 1/3 der im Berichtsjahr ausbezahlten Beiträge wurden für die Verbesserung der Wohnverhältnisse und knapp 45 % für den Um- oder Neubau von Scheunen eingesetzt. Rund knapp 1/4 diente der Schuldentilgung bzw. Finanzierung von anderen Investitionen.

In der Zeitperiode von 1980 bis 2011 wurden mehr als die Hälfte der Beiträge für die Verbesserung der Wohnverhältnisse und nur gut ein Viertel für Oekonomiegebäude eingesetzt.

Die obige Entwicklung zeigt, dass zunehmend beim Bau von Oekonomiegebäuden Finanzierungsschwierigkeiten entstehen. Dies insbesondere weil der Bund die Voraussetzungen betreffend Betriebsgrössen für die Gewährung von landwirtschaftlichen Investitionshilfen weiter angehoben hat. Daher kommen weniger Betriebe in den Genuss dieser Förderungs-massnahmen

Sammelergebnis

Erfahrungen in den letzten Jahren haben gezeigt, dass Spender leichter zu finden sind, wenn wir ihnen konkrete Hilfsprojekte zur Unterstützung anbieten und sie somit selbst bestimmen können, wofür sie ihre Spende direkt einsetzen möchten. Bei dieser Art der Unterstützung sprechen wir von vermittelten Beiträgen, welche nach erfolgter Zusicherung durch den Spender dem Begünstigten direkt oder über unsere Institution ausbezahlt werden.

Schwieriger Spenden zu erhalten ist es, wenn diese nicht direkt für ein konkretes Projekt bestimmt sind und in unseren Fonds fliessen. Diese Spenden stehen den Vereinsorganen im Rahmen der statutarischen Bestimmungen und der Geschäftspraxis für die Unterstützung von Projekten frei zur Verfügung. Bei mit Fondsgeldern unterstützten Projekten sprechen wir von gewährten Beiträgen.

Gestützt auf die Bedürfnisse der Geldgeber haben wir der Vermittlung von Beiträgen auch im Berichtsjahr unser besonderes Augenmerk geschenkt. Das Sammelergebnis für das Jahr 2011 beträgt 405'950.00 Franken und liegt 184'050.00 Franken unter dem Vorjahr von 590'000.00 Franken. Es setzt sich wie folgt zusammen:

Fr. 239'000.00 Direkt Projekt bezogene Spenden mit Geldverkehr über den SLB (Vorjahr Fr. 372'000.00), in alphabetischer Reihenfolge von:

Hannie Hefti-Walder-Stiftung, Zug
Heinrich und Julie Sandmeier-Streiff-Stiftung, Zug
Stiftung „Kriens-hilft-Menschen-in-Not“
Weihnachtsaktion Neue Luzerner Zeitung, Luzern

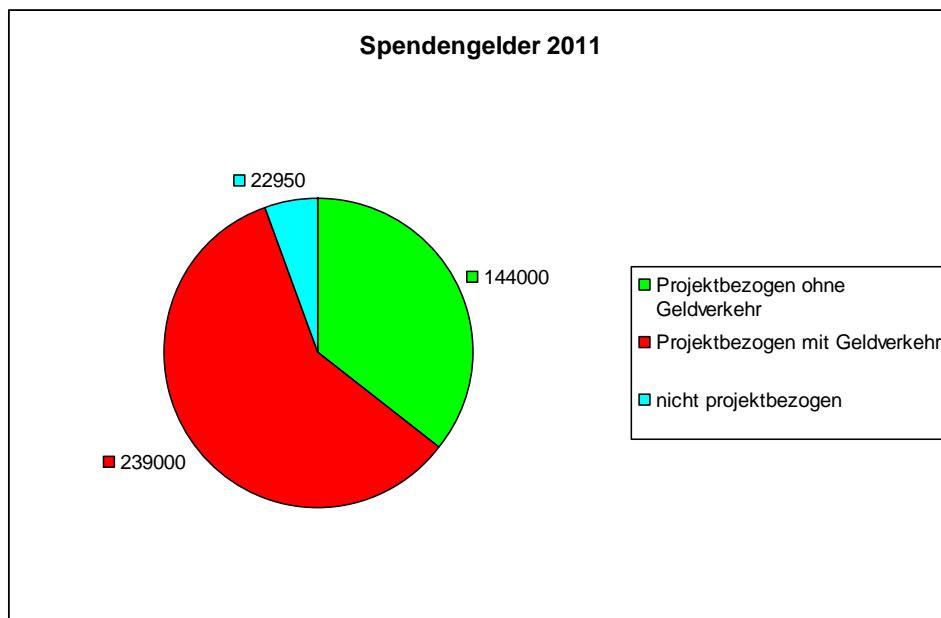
Fr. 144'000.00 Direkt projektbezogene Spenden ohne Geldverkehr über den SLB (Vorjahr Fr. 162'000.00) von:

Walter und Anna Herzog-Theler-Stiftung, Luzern

Fr. 22'950.00 Nicht projektbezogene Spenden (Vorjahr Fr. 17'580.00)

Fr. 405'950.00 Total Sammelergebnis 2011

Allen Geldgebern möchten wir herzlich danken für die tolle Unterstützung! Nur mit Ihrer Grosszügigkeit ist es uns möglich, den benachteiligten Bergbauernfamilien wirksam zu helfen.



Egolzwil, Ruswil, März 2012

Alois Hodel
Präsident SLB

Kurt Lang
Geschäftsführer

d) Jahresbericht der Arbeitsgruppe Berggebiet aktiv seit Sommer 2011

Bekanntlich hat sich die Arbeitsgemeinschaft Luzerner Berggebiet (ALB) Ende 2010 aufgelöst. Damit die berggebietspolitischen Interessen weiterhin aktiv vertreten werden, wurde gemäss Absprache mit ALB beim „Solidaritätsfond Luzerner Bergbevölkerung“ die Arbeitsgruppe „Berggebiet“ angegliedert. Diese hat sich im Juli 2011 konstituiert mit folgenden Mitgliedern: Ruedi Lustenberger, Nationalrat, Romoos (Präsident); Heini Walthert, Gemeinderat, Luthern (Vizepräsident); Beat Fuchs, Vorstandsmitglied Luzerner Bäuerinnen- und Bauernverband, Schwarzenberg; Urs Kunz, Kantonsrat CVP, Luthern; Pius Schmid, Präsident Alpwirtschaftlicher Verein, Flüfli; Helen Schurtenberger, Kantonsrätin FDP und Sozialvorsteherin, Menznau; Franz Stadelmann, Komponist und Musiker, Escholzmatt und Vroni Thalmann, Kantonsrätin SVP und Sozialvorsteherin, Flüfli.

Wir haben zwei eidgenössische und eine kantonale Vorlage sowie die Stellungnahme zum regierungsrätlichen Streichungsantrag der Wohnbaubeiträge im Staatsvoranschlag 2012 beraten. Unsere Standpunkte zur Stärkung der Berglandwirtschaft haben wir durch Medientexte in den Regionalzeitungen kommuniziert.

Bei der Vernehmlassung zur Agrarpolitik 2014 – 2017 haben wir die Haltung der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für das Berggebiet (SAB) grundsätzlich unterstützt. Mit dem Bewirtschaften der Berg- und Sömmerungsgebiete leisten die Bergbauernfamilien einen wertvollen Beitrag zur Nahrungsmittelversorgung. Sie sichern nebst den Produktionsstrukturen den Erhalt des Kulturlandes und den Schutz vor Naturgefahren. Zahlreiche Pflanzen- und Tiergemeinschaften im Berggebiet würden ohne Bewirtschaftung verschwinden. Ohne entsprechende Pflege verwalden die artenreichen Bergwiesen. Eine dezentrale Besiedlung ohne Landwirtschaft ist nicht denkbar und ihr Beitrag in dieser Hinsicht ist dafür entscheidend, ob es in Zukunft noch ein genügend besiedeltes Berggebiet gibt. In Anbetracht all dieser Leistungen soll die Berglandwirtschaft mit der AP 2014-17 im neuen System, welches die gemeinwirtschaftlichen Leistungen von Boden bewirtschaftenden Betriebe im Landwirtschaftsgesetz explizit fördern will, besser gestellt werden als bisher.

Mit der Teilrevision der eidgenössischen Jagdschutzverordnung (JSV) soll für den Umgang mit den Grossraubtieren (Bär, Wolf und Luchs) taugliche Lösungen gefunden werden. In unserer Eingabe betonten wir, dass in der dicht besiedelten Schweiz mit sehr hohem Anteil an bewirtschaftetem Kulturräum und touristischen Gebieten kaum mehr genügend Biotope vorhanden sind, in welchen sich Grossraubtiere wieder ansiedeln können. Deshalb begrüssen wir grundsätzlich die vorgeschlagenen Anpassungen und vor allem, dass gemäss Jagdgesetz die Kantone berechtigt werden sollen, Massnahmen gegen einzelne geschützte Tiere zu ergreifen, um erheblichen Schaden zu verhüten. Als neue Regulationsgründe werden dabei „grosse Schäden an Nutztierbeständen“, die „Gefährdung von Infrastrukturanlagen“ sowie „hohe Einbussen bei der Nutzung der kantonalen Jagd- und Fischereiregale“ eingeführt. Nach unserem Dafürhalten sind die Schadensschwellen in den Konzepten, ab welchen Interventionen stattfinden dürfen, immer noch zu hoch angesetzt. Den Nutztierhaltern würden nach wie vor viel zu hohe Schäden „zugemutet“. Zudem sei der Herdenschutz nicht über das eidgenössische Agrarbudget sondern anderweitig zu alimentieren.

Ebenfalls beraten und Stellung genommen haben wir zur regierungsrätlichen Absicht, die Landwirtschaftliche Kreditkasse und die Luzerner Bäuerliche Bürgerschaftsstiftung ganz in die kantonale Verwaltung (Dienststelle Landwirtschaft und Wald, lawa) einzubinden. Beide Institutionen erfüllen seit deren Bestehen grundlegende Aufgaben für eine funktionierende Berglandwirtschaft, unterstützen wichtige infrastrukturelle Massnahmen und die Verkräftbarkeit von Investitionen in den Oekonomie- und Wohnbereichen. Die Führung der Kreditkasse durch einen Vorstand mit Einbezug der bäuerlichen Basis, der Banken und der kant. Verwaltung hat sich bewährt. Die Tätigkeit der Geschäftsstelle wird seitens der Bauernschaft sehr geschätzt. Deren fundiert erarbeiteten Finanzierungspläne haben eine hohe Akzeptanz auch bei Banken und weiteren involvierten Instanzen, beispielsweise für Beitragsleistungen durch Stiftungen gemeinnütziger Art. Der heutige Status und die personelle Struktur des Kreditkassen-Vorstandes scheint uns wichtig Faktor für die Glaubwürdigkeit auch im Sinne praxis-kompetenter Zweitmeinungen. Basierend auf unsere Ueberlegungen lehnte unsere Arbeitsgruppe „Berggebiet“ in einer umfassend begründeten Eingabe an den Regierungsrat eine Integration der Kreditkasse ins lawa einhellig ab.

Unmissverständliche Standpunkte vertrat unsere Arbeitsgruppe ebenfalls zum Fortführen der Wohnbaubeiträge fürs Berggebiet. Im Entwurf des Staatsvoranschlages 2012 beantragte der Regierungsrat nämlich die Streichung der Kantonsbeiträge, wie diese in der „Verordnung über die Verbesserung der Wohnverhältnisse im Berggebiet“ (20.11.007) verankert sind. Wir wiesen darauf hin, dass bis 2007 der Bund sich namhaft an der Verbesserung der Wohnverhältnisse in der Berg-Landwirtschaft beteiligt hatte, diese aber im Rahmen des NFA (Neuer Finanzausgleich) gestrichen wurden. Der Kanton Luzern hat diese Massnahmen verdankenswert zwar noch beibehalten, aber schon vorher seinen jährlichen Kredit spürbar gesenkt. Weil auch die Gemeinden jeweils 25 % daran zu leisten haben, wurde der gesamte Mittelfluss noch zusätzlich geschmälert. Das zeigt die folgende Uebersicht:

Jahr	Kanton	Gemeinden	Bund	Total	Multiplikator-Effekt (geschätzt Faktor)
<u>10)</u>					
2000	800'000	218'710	456'290	1'475'000	14 Mio
2002	800'000	209'400	1'553'100	2'562'500	25 Mio
2004	700'000	184'500	1'698'300	2'582'800	25 Mio
2006	499'925	144'565	800'100	1'444'590	14 Mio
2008	480'000	160'000		640'000	6 Mio
2010	615'000	205'000		820'000	8 Mio
2011	576'061	192'500		768'561	7 Mio

Diese Wohnbaubeiträge sind unbestritten eine langfristige Investition in die Zukunft unserer funktionierenden ländlichen Räume, der dezentralen Besiedlung, bringen volkswirtschaftlichen Nutzen, verbessern die geforderte Energieeffizienz sowie nachhaltig die Wohn- und Lebensqualität von Familien mit ohnehin bescheidenen Einkommen und wenig Ansprüchen. Das Ziel zum Erhalt der dezentralen Besiedlung von Randregionen entspricht der „Politik für den ländlichen Raum“, was auf Bundes- und Kantonebene unter anderem in verschiedenen Planungsberichten politisch abgestützt ist. Mit stichhaltigen Gründen und ganz grundsätzlich aus Sorge um eine lebenswerte Zukunft in den Berggebieten ersuchten wir vorab die Berggebiets-VertreterInnen, die übrigen Mitglieder des Kantonsrates und weitere Entscheidungsträger/innen dringend, beim Staatsbudget 2012 sowie beim IFAP auf die Streichung der Wohnbauhilfen zu verzichten. „Die Hoffnung stirbt zuletzt“, dass weiterhin jährlich ein Dutzend dringend sanierungsbedürftiger Wohnverhältnisse derart unterstützt werden können, indem bei der Zweitberatung des Staatsvoranschlages im März 2012 diesbezügliche Anträge erfolgreich sind.

Unsere Arbeitsgruppe hat zudem die künftige Praxis zur Unterstützung kultureller Aktivitäten im und fürs Berggebiet festgelegt und wird jeweils entsprechend Antrag für Beiträge aus den zweckbestimmten Rückstellungen (verbliebenes Restvermögen ALB) stellen.

Am Schluss des ersten Geschäftsjahres ist es mir ein grosses Anliegen, all jenen Personen herzlich zu danken, die sich im Vorfeld des Übergangs der ALB zum Solidaritätsfond um eine einvernehmliche und pragmatische Lösung engagiert haben. Die ersten Erfahrungen der Arbeitsgruppe Berggebiet stimmen zuversichtlich, dass wir uns sozusagen als sachpolitisches Sprachrohr des Solidaritätsfonds etablieren können. Die Zusammenarbeit innerhalb der Arbeitsgruppe hat von Anfang an sehr gut funktioniert.

Ein herzliches Dankeschön richte ich an den Vorstand des Solidaritätsfonds, speziell an den umsichtigen und engagierten Präsidenten Alois Hodel und Geschäftsführer Kurt Lang sowie an Region West für den Support und das Gastrecht in ihren Räumlichkeiten und Claudia Reis für die administrative Unterstützung.

Romoos, Ende Februar 2012 Ruedi Lustenberger, NR